57. Jahrgang No. 274

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe

Dienstag, 15. Juni 1909

Vor der Entscheidung.

Morgen beginnt der Kampf um die Finanzreform im Plenum des Reichstages, und es wird sich bald zeigen, ob der konservativ-klerikal-polnische Block dem Volke und der Regierung weiter wird seinen Willen aufzwingen können. Beweglich mahnt die „Köln. Ztg.“:

„Die Finanzreform muß und wird diesmal durchgeführt werden. Die Frage ist nur, ob der konservativ-klerikale Block wagt, sie dem deutschen Volke im einseitigen agrarischen Standesinteresse und politischen Interesse des konfessionellen Zentrums aufzuzwingen oder ob sie im Einklang mit den Interessen des Staatsganzen gemacht wird. Fürst Bülow hat uns nicht ins Vertrauen gezogen; wir glauben aber nicht, daß ein Staatsmann seines Schlages seine Reputation vor der Weltgeschichte preisgeben und seinen Namen an die Spitze einer Aera setzen wird, in der nicht die ausgleichende Gerechtigkeit, sondern wirtschaftlicher Klassenegoismus Trumpf ist. Dazu kommt, daß es psychologisch unmöglich wäre, daß Fürst Bülow nach allem, was vorgefallen, um solchen Preis mit Erzberger einen innerlich unwahren, unhaltbaren Frieden schlösse. Indessen, das sind Persönlichkeitsfragen zweiter Linie. Möge Fürst Bülow oder ein anderer einer solch konservativ-klerikalen Finanzgestaltung ihren Stempel geben: sicher ist dann ein Kampf ohnegleichen, der auf Jahrzehnte hinaus unser politisches Leben vergiften wird.“

Es hat nicht den Anschein, als ob man auf konservativer Seite dieser Stimme Gehör schenken wollte. Die „Kreuz-Ztg.“ polemisiert in einer bodenlos gehässigen Manier gegen den Linksliberalismus. Mit der in diesem Artikel ausgesprochenen Gesinnung stimmt es überein, wenn sich die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin melden läßt:

Der Reichskanzler wird in der Reichstagssitzung nicht auf die einzelnen Gesetzentwürfe eingehen, sondern über die Aufgabe der Reichsfinanzreform im allgemeinen und über die parteipolitischen Vorgänge und auch über die Konsequenz sprechen, die eine den jetzigen Vorschlägen der Regierung nicht entsprechende Gestaltung der Reichsfinanzreform durch eine Mehrheit des Reichstages haben würde. Man wird die Sache zu Ende bringen, so oder so. In der Hauptsache hängt alles davon ab, namentlich in bezug auf die politische Seite der Sache, ob eine ausreichende und gerechte Durchführung zustande kommt. Die Konservativen sind noch mehr das Zentrum bleiben dabei, daß für sie ein jeder Ausbau der Erbschaftssteuer unannehmbar sei.

Dann ist die Vorlage der Regierung schon gefallen, und dem Fürsten Bülow bleibt nur zweierlei übrig, entweder den Reichstag aufzulösen oder zurückzutreten, falls er nicht noch ein drittes „So“ findet und die ganze Sache bis zum Herbst vertagt. In liberalen Kreisen wird fortgesetzt damit gerechnet. So schreibt die „Lib. Korr.“:

Die Reichsfinanzreform — wenn man den euphemistischen Namen „Reform“ hier überhaupt anwenden will —, soll unter Dach und Fach gebracht werden. Ob es gelingt, steht sehr dahin; wir neigen der Auffassung hin, daß es in diesem Sommer wenigstens nicht mehr gelingt, da die Regierung noch wieder ganz neue, bisher noch gar nicht besprochene, tief in das Erwerbsleben einschneidende, dem ersten Eindruck nach äußerst bedenkliche Steuern herausgebracht hat und da auch die Durcharbeitung der von der Finanzkommission überkommenen Projekte nicht übers Knie gebrochen werden darf. Die Ergebnisse der Rumpfkommission sind so schlecht, daß es geringerer Beredsamkeit als der des Fürsten Bülow gelingen würde, sie in Grund und Boden zu reden. Vorläufig hat es aber trotzdem den Anschein, als ob die neue Mehrheit sich auf die Annahme dieser Konglomerate von Verkehrs- und Handelsfeindschaft und dilettantenhafter Steuersucht versteifen und der Regierung eine empfindliche Niederlage bereiten würde. Die Ersatzsteuern der Regierung, ihr teilweises Eingehen auf die Anregungen der Fronde — diese Momente sind jedenfalls andererseits nicht geeignet, den Liberalismus zu begeistern, der Schildhalter einer solchen Regierung zu sein.

Wie sich der Liberalismus zu den neuen Ersatzsteuern verhalten muß, haben wir erst heute morgen dargelegt: Ablehnen. Ein anderes gibt es nicht.

* * *

Ein neuer Protest.

Die freisinnige Vereinigung hielt gestern abend eine öffentliche Versammlung in der Viktoria-Brauerei in der Lützowstraße ab, in der Reichstagsabgeordneter D. Naumann über das Thema: „Protest des deutschen Bürgertums gegen die konservative Finanzreform“ referierte. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Die von der Organisation der freisinnigen Vereinigung einberufene Versammlung spricht nach dem Vortrage des Abgeordneten Naumann den freisinnigen Abgeordneten ihre Zustimmung zu dem Widerstande aus, den sie dem Versuch der Konservativen entgegengesetzt haben, im Bunde mit Zentrum und Polen die Finanzreform zu einer unerträglichen Belastung von Handel und Gewerbe auszugestalten und den Großgrundbesitzern zuliebe eine allgemeine Besteuerung des Besitzes zu verhindern. Sie begrüßt mit Freude das Erwachen des Bürgertums und hofft, daß das entschlossene Zusammenhalten aller, die sich jetzt zusammengefunden haben, der konservativen Herrschaft des Agrariertums ein Ende zu bereiten.“

Die Versammlung war so stark besucht, daß sich der zuerst in Aussicht genommene Saal als viel zu klein erwies, und der größere Zweite kaum alle die Besucher faßte, die gegen die konservativ-klerikalen Steuerpläne Protest einlegen wollten.

Die Zweikaiserbegegnung

in den finnischen Schären.

Kaiser Wilhelm II. ist von der Wildparkstation heute vormittag um 9 Uhr 40 Minuten mittels Sonderzuges nach Danzig abgereist, von wo er sich mit der Yacht „Hohenzollern“ nach den finnischen Gewässern zur Begegnung mit dem Zaren begibt.

Das Organ des russischen Auswärtigen Amtes, die „Roßja“ veröffentlicht aus Anlaß der bevorstehenden Zusammenkunft der beiden Monarchen einen langen Leitartikel, den der offiziöse deutsche Telegraph weiter verbreitet. Wir entnehmen dem Artikel die folgende Stelle:

Rußland hat seine traditionellen Beziehungen zu Deutschland immer hochgeschätzt und wird sie hochschätzen. Diese sind völlig vereinbar mit den Bundesverpflichtungen Rußlands und bilden das gewichtigste Unterpfand für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens. Sie widersprechen auch nicht im geringsten den Beziehungen, die in der letzten Zeit zwischen Rußland und England hergestellt worden sind. Daher liegt keinerlei Grund vor, irgendwelche neue politische Kombinationen oder Veränderungen der Mächtegruppierungen vorauszusehen.

Nach einem Telegramm aus Petersburg wird aus Anlaß der Zusammenkunft des Zaren mit Kaiser Wilhelm ein russisches Torpedogeschwader in den finnländischen Schären konzentriert, das dem Deutschen Kaiser bis Libau entgegenfahren und ihn dann bis an den Ort der Begegnung begleiten soll.

Wenn bei dieser Fahrt den russischen Torpedobooten nur kein Unglück passiert! Daß sich die russische Marine trotz der schlimmen Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges noch immer nicht in bestem Zustande befindet, beweist die jüngste Unglücksnachricht aus dem Hafen von Sebastopol, wo an einem Tage ein Unterseeboot mit Mann und Maus untergegangen und ein Torpedoboot vollständig ausgebrannt ist.

Der Streik in Kiel.

Nach einem Telegramm aus Kiel wurden von der dortigen Arbeiterschaft gestern abend drei Versammlungen abgehalten, in denen der Streik der Arbeiter der städtischen Reinigungsanstalten behandelt und den Streikenden die Sympathie der Anwesenden ausgesprochen wurde. Vor einem der Versammlungslokale, dem Kolosseum, kam es nach dem Schlusse der Versammlung zu mehrfachen Ruhestörungen, so daß die Polizei den Platz und die angrenzenden Straßen räumte. In der herrschenden Dunkelheit erlitt eine Anzahl von Personen Verletzungen.

Die englischen Geistlichen in Berlin.

Das Comité für den Gegenbesuch der Vertreter der christlichen Kirchen Großbritanniens in Deutschland veranstaltete gestern abend zu Ehren der englischen Gäste ein Festmahl im Landesausstellungspark. Von den Anwesenden sind besonders zu nennen Reichsschatzsekretär Sydow, die Staatsminister v. Studt und v. Möller, Generalkonsul v. Mendelssohn und Reichstagsabgeordneter Schrader. Staatsminister v. Studt verlas das folgende Telegramm des Reichskanzlers Fürsten v. Bülow:

„Indem ich den Vertretern der christlichen Kirchen Englands mein Bedauern ausdrücke, heute nicht erscheinen zu können, ergreife ich zwar die Gelegenheit, die Gäste im Namen der kaiserlichen Regierung auf deutschem Boden und in der Hauptstadt des Reiches willkommen zu heißen und ihnen zu versichern, daß ihre auf den Frieden gerichteten Bestrebungen bei mir und der Regierung alle Förderung finden werden. Als Verkünder des Friedens Gottes auf Erden sind die Vertreter der christlichen Kirchen Englands mit den Vertretern der Kirchen in anderen Staaten besonders dazu berufen, friedensfeindlichen Strömungen entgegen zu treten. Mögen unsere Gäste und christlichen Brüder die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen und dort vertreten, daß hier ein friedliches und arbeitsames Volk wohnt, das ebenso wie seine Regierung den lebhaften Wunsch hegt, mit seinen Brüdern jenseits des Kanals in Frieden und Freundschaft zu leben. Bülow.“

Oberhofprediger Dryander sagte in einer Ansprache, wie jeder große Gottesgedanke siegen müsse, so müsse endlich auch der große Gottesgedanke des Friedens siegen. Von deutscher Seite sprachen ferner der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates Voigts, Präsat Kleinedam und Professor D. v. Soden. Von den englischen Gästen antwortete der Reight Honorable John Ellis, Mitglied des Unterhauses, der Lord Bishop of Southwark, Dr. Collins und Dr. Rendel Harris.

Eine gemeinsame Friedenskundgebung.

Die britischen Geistlichen versammelten sich heute vormittag in der Kapelle des hiesigen Domkandidatenstifts, um in Gemeinschaft mit ihren deutschen Gastgebern eine Kundgebung an beide Nationen zu beschließen. Es hielten dazu Reden der Generalsuperintendent von Berlin D. Faber und Professor D. v. Soden sowie einige Engländer. Aus Anlaß des Besuches deutscher Geistlicher in London war in einer großen Versammlung folgende Resolution einmütig gefaßt worden, zu der heute Stellung zu nehmen war:

„Wir Vertreter der christlichen Kirchen Deutschlands und des vereinigten Königreichs richten in der Erkenntnis, wie sehr der Weltfriede von den freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern abhängt, an alle Klassen beider Völker die Bitte, durch ernste Bemühungen einen Geist gegenseitigen Wohlwollens und gegenseitiger Freundschaft zu nähren. Unsere Völker sind eng miteinander verbunden durch alte Stammesgemeinschaft, durch Verwandtschaft unserer Herrscher, durch unsere Geschichte, unsere lange Freundschaft, unsere gegenseitigen Verpflichtungen auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft, vor allem aber durch unser gemeinsames Christentum. Wir halten dafür, daß das Bewußtsein dieser großen Ueberlieferungen im Herzen unserer Völker tief eingegraben ist, und daß sie unserer Ueberzeugung beipflichten, daß ehrliches Zusammenwirken zwischen uns viel dazu beitragen wird, das Kommen des Reiches des Friedens auf Erden und des Wohlwollens unter den Menschen zu beschleunigen.“

Diese Resolution wurde heute einmütig gutgeheißen und in folgenden Worten bestätigt:

„Wir sind eins in dem redlichen Bestreben uns selbst persönlich dafür einzusetzen, daß das Band des Friedens immer fester um unsere Völker geschlungen werde. Wir sind eins in der herzlichen Bitte an alle unsere Volksgenossen, mitzuhelfen, daß die alte Stimme der Blutsverwandtschaft nicht überhört werde, daß die alten und neuen Stimmen machtvoller geistiger Einflüsse und geschichtlicher Ueberlieferung zur Geltung kommen und vor allem, daß die ewige Stimme des Evangeliums der Liebe ihre Macht erweise. Wir sind eins in dem innigen Gebet, daß der Gott des Friedens um seines Namens und seines Reiches willen unser Vornehmen reichlich segnen wolle.“

Hierauf fand zu Ehren der englischen Geistlichen eine akademische Feier in der Aula der Universität statt. Nach einer Ansprache des Rektors der Universität Professor Dr. Kahl hielt Professor Dr. Harnack einen Vortrag über ökumenische und nationale geistliche Literatur.

Um zwei Uhr begaben sich die englischen Gäste vom Anhalter Bahnhofe im Extrazuge zum Besuch der Wartburg nach Eisenach.

Die Duma für die Glaubensfreiheit.

Wie aus Petersburg berichtet wird, nahm die russische Reichsduma gestern in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Glaubensfreiheit mit einer Aenderung gemäß einem Antrag der Oktobristen an, derzufolge der Uebertritt aus einer christlichen Konfession in eine nichtchristliche und die Erklärung der Konfessionslosigkeit gestattet werden sollen, obwohl sich kürzlich Stolypin in langer Rede gegen diese Amendements ausgesprochen hatte. Die Abgeordneten der Rechten, der gemäßigten Rechten und der Nationalisten enthielten sich der Abstimmung. Die Rechte verließ dabei demonstrativ den Sitzungssaal. Ferner nahm die Duma einen Gesetzentwurf an über die Regulierung der Weichsel im Gebiete der preußischen und österreichisch-ungarischen Grenze.

Der Tod des Präsidenten Penna.

Nach einem Telegramm aus Rio de Janeiro ist das Leichenbegängnis für den gestern verstorbenen Präsidenten der brasilianischen Republik Penna auf den 16. Juni angesetzt worden.

Der Vizepräsident Dr. Nilo Peçanha hat gestern die Regierung übernommen. Das Ministerium und der Chef der Polizei haben ihre Demission gegeben. Auf Wunsch des Präsidenten Nilo Peçanha werden sie noch einige Tage im Amte bleiben. Der neue Präsident erklärte, daß seine Regierung eine Regierung der Eintracht und des Friedens sein werde.

Mandatsraub und politischer Anstand.

Den Wahlkampf für die bevorstehenden Landtagsersatzwahlen, die infolge der Kassierung der vier sozialdemokratischen Berliner Mandate notwendig sind, hat die Demokratische Vereinigung im vierten Berliner Reichstagswahlkreise gestern abend durch eine sehr stark besuchte Versammlung in den Andreassälen eingeleitet.

Der Referent Herr v. Gerlach behandelte das Thema: „Mandatsraub und politischer Anstand.“ Er erinnerte zunächst an den Eifer, mit dem der viel zu früh verstorbene Dr. Theodor Barth den Kampf für die Einführung eines demokratischen Wahlrechtes in Preußen geführt habe. Sein Tod sei für den preußischen Wahlrechtskampf ein schwerer Verlust. In Ausführung der politischen Erbschaft unseres Führers sind wir gesonnen, wir bürgerlichen Demokraten,

den Kampf für ein freies Wahlrecht

in Preußen zu führen, bis uns der Siegespreis winkt und ebenso den Kampf zu führen gegen den brutalen Mandatsraub, um durch die Wiederwahl der vier sozialdemokratischen Abgeordneten der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Wir sind in diesem Falle gekommen, die Sache der Sozialdemokraten zu führen, weil diesmal die Sache der Sozialdemokraten und die Sache des politischen Anstandes sich decken. (Beifall.) Das Verfahren im preußischen Abgeordnetenhaus zur Kassierung der vier Mandate war formell und materiell ein schwerer Verstoß gegen jedes Rechtsbewußtsein. Der Präsident Jordan v. Kröcher hat bei der Abgeordnetenhausdebatte den Sozialdemokraten die Verteidigung beschränkt und die Mehrheit des Dreiklassenparlaments hat durch den Schluß der Debatte den sozialdemokratischen Rednern die Zurückweisung der falschen Behauptungen von Stroser und Fischbeck unmöglich gemacht. Die Rechtsfrage über die Zulässigkeit der vom Berliner Magistrat aufgestellten Wahllisten war zum mindesten zweifelhaft und da hätte der juristische Grundsatz in dubio pro reo, im Zweifelsfalle für den Angeklagten, Platz greifen müssen.

Ein brutaler Verstoß

gegen alles Rechtsgefühl ist es aber, daß man wegen der angeblich falschen Listenaufstellung vier sozialdemokratische Mandate kassiert und die übrigen zum Teil freisinnigen Berliner Mandate, die auf Grund derselben Listenaufstellung zustande gekommen sind, bestehen läßt. Daß die Freisinnigen unter der Führung Fischbecks die eiserne Stirn gehabt haben, bei dieser Sachlage nur die vier Sozialdemokraten aus dem Abgeordnetenhaus hinauszudrängen, das ist es, wogegen sich das Rechtsgefühl des Volkes wendet. Wir appellieren an das Rechtsgefühl der anständigen Menschen Berlins, wenn wir sie auffordern, durch ihre Stimmen bei der Ersatzwahl den brutalen Mandatsraub zu vereiteln. Die Begründung der Mandatskassierung mit dem Terrorismus der Sozialdemokratie ist

eine arge politische Heuchelei.

Jede öffentliche Abstimmung ist ein Akt des Terrorismus an sich. Hunderttausenden von preußischen Beamten ist durch die Regierung ausdrücklich bei den Landtagswahlen die Abstimmung nach ihrer Ueberzeugung unmöglich gemacht. Seit dem Bestehen des Landtagswahlrechtes haben die in der Macht befindlichen Schichten immer die öffentliche Wahl zur Vergewaltigung der abhängigen

Wähler benutzt. Der Redner führte dafür verschiedene einwandsfrei festgestellte Beispiele an. Wenn die Sozialdemokraten ihre geringe wirtschaftliche Macht auch dazu benutzen, um die Schändlichkeit des öffentlichen Wahlverfahrens klar zu beleuchten, so war das ein Akt der Notwehr gegen

die systematische unerhörte Vergewaltigung

seitens der herrschenden Schichten. Wenn Fischbeck sagte, die wirtschaftliche Macht sei noch niemals in so brutaler Weise bei Wahlen ausgenutzt worden wie bei der letzten Berliner Landtagswahl seitens der Sozialdemokraten, so ist das objektiv die schlimmste Unwahrheit, die je im Abgeordnetenhause ausgesprochen wurde und subjektiv ist diese Behauptung Fischbecks ein Zeichen äußerster Ignoranz und einer geradezu bodenlosen Unwissenheit. Herr Fischbeck hat damit bekundet, daß er keine Ahnung von der Geschichte des preußischen Dreiklassenwahlrechtes hat. Von den Konservativen hatte man ein anderes Verhalten als sie bei der Mandatskafferung zeigten, ihrer ganzen Vergangenheit nach nicht erwartet, eine moralische Verurteilung schärfster Art muß aber das Verfahren der Freisinnigen finden und es ist bezeichnend, daß Fischbeck bei den Konservativen wahre Beifallsstürme auslöste, die ihm bescheinigten, daß er als ausgezeichneter Kämpfer für die konservativen Maximen betrachtet wurde. Leider haben die wenigen Freisinnigen, bei denen sich

das Schamgefühl regte,

sich nur darauf beschränkt, der Abstimmung fern zu bleiben und haben nicht dagegen gestimmt. Herr Kopsch empfand es sogar als einen sittlichen Makel, als angenommen wurde, er sei der Abstimmung ferngeblieben, weil er den Mandatsraub nicht billigte. Das Verhalten der Freisinnigen bei dem Mandatsraub ist ein Zeichen des starken moralischen Verfalls, den der Freisinn in der Blockära erlitten hat. (Beifall.) Als ein schwerer Fehler müßte es zurückgewiesen werden, wenn die Beamtenorganisationen jetzt die Absicht ausführen würden, die durch den Rechtsbruch herbeigeführten Ersatzwahlen zur Aufstellung eines eigenen Beamtenkandidaten zu benutzen. Bei solchen Wahlen muß ein anständiger Mensch nicht aus dem Rechtsbruch Kapital zu schlagen versuchen, sondern der Gerechtigkeit und dem politischen Anstand durch die Wiederwahl der gewaltsam aus dem Abgeordnetenhaus gebrachten Abgeordneten zum Siege verhelfen. Die Demokratische Vereinigung als selbständige Partei würde sich bei allgemeinen Wahlen keinen Augenblick besinnen, dort mit selbständigen Kandidaturen vorzugehen, wo irgend ein Erfolg zu erwarten ist. Bei den bevorstehenden Ersatzwahlen wäre es aber

ein Akt mangelnden politischen Anstandes,

wenn man den empörenden Gewaltstreich der Freisinnigen und Konservativen für die Zwecke der eigenen Partei ausnutzte. Der bevorstehende Wahlkampf ist keine Parteisache, sondern ein Kampf der anständigen Leute gegen diejenigen, die des politischen Anstandes vergessen haben. So rüsten wir uns zum Kampfe und wir haben die feste Hoffnung, daß es zum Schluß heißen wird: Recht muß doch Recht bleiben! (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion nahm zunächst der frühere Landtagsabgeordnete Hirsch das Wort. Er dankte im Namen aller Sozialdemokraten den Mitgliedern der Demokratischen Vereinigung dafür, daß sie für den bevorstehenden Wahlkampf der Sozialdemokratie ihre Hilfe angeboten haben. Der Redner kennzeichnete die Tatsache, daß über den angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus und seine Wirkungen

nicht einmal Beweis erhoben sei.

Der Wahlprotest enthalte nachweisbare Unwahrheiten. Die gleichlautenden Proteste, die sich gegen das Verfahren des Berliner Magistrats wenden, wären von dem Magistratsmitglied Fischbeck selbst ausgegangen oder hätten ihm wenigstens vorgelegen. Charakteristisch sei es, daß ein freisinniger Berliner Abgeordneter, der selbst auf Grund der angeblich unrichtigen Listen gewählt ist, nämlich der Abgeordnete Cassel, auch für die Ungültigkeit gestimmt habe. Die Wahlen würden voraussichtlich nicht das vom Freisinn erhoffte Resultat haben, denn der brutale Gewaltstreich, der unter der Führung des Herrn Fischbeck verübt wurde, habe auch den letzten indifferenten Wähler über die Qualitäten des Freisinns aufgeklärt.

Der frühere Abgeordnete Borgmann stellte hierauf die Tatsache fest, daß Fischbeck das Referat übernommen habe, obwohl gegen seine eigene Wahl, die mit nur drei Stimmen Majorität zustande kam,

fünf Proteste vorliegen.

Diese Proteste wären viel früher eingegangen als die gegen die sozialdemokratischen Mandate, aber trotzdem sei in der Wahlprüfungskommission in der Fischbeckschen Angelegenheit noch nicht ein Federstrich getan. Es sei ein merkwürdiges Verfahren, einem solchen Abgeordneten das Referat in der Angelegenheit der sozialdemokratischen Mandate zu übertragen. Herr Fischbeck habe eine unwahre Darstellung der Verhältnisse gegeben als er sagte, zwei sozialdemokratische Stadtverordnete hätten sich davon überzeugen können, daß eine Zustimmung des Ministers zu der Listenaufstellung des Berliner Magistrats nicht in den Akten war, indem ihnen von dem Magistratsdezernenten erklärt worden sei, eine solche Zustimmung befinde sich nicht in den Akten. Tatsächlich habe der Oberbürgermeister Kirschner den Stadtverordneten Borgmann und Heymann die Einsichtnahme in die Akten zu diesem Zwecke gestattet, der Magistratsdezernent Bohm habe sie aber verweigert und erst nachträglich erklärt, es sei nichts darin enthalten. Nach der ganzen Verwaltungspraxis des Magistrats sei aber anzunehmen, daß ein zustimmender Bescheid des Ministeriums zu der Listenaufstellung doch in den Akten enthalten sei und die Verweigerung der Einsichtnahme in die Akten sei mindestens recht verdächtig. Die ganze Art, in der Fischbeck bei der Mandatskaffierung vorging, beweise, daß es

den Freisinnigen nicht ernst sei

um den Kampf für die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems in Preußen. (Sehr richtig!) Jetzt müsse endlich mit der blockfreisinnigen Gesellschaft, die zur Verjumpfung des liberalen Bürgertums geführt habe, ein Ende gemacht werden.

Herr Aufhäuser schilderte die politische Heuchelei des Freisinns, die darin liege, daß sie noch immer den Anschein erwecken wollen, als träten sie für ein demokratisches Wahlrecht in Preußen ein, während ihre ganze politische Wirksamkeit darauf hinausläuse, die Herrschaft dieses Dreiklassenunrechts zu befestigen und den Kämpfern für seine Beseitigung Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Dem Hansablock mit Herrn Kirdorf müsse man sehr skeptisch gegenüberstehen, aber es sei zu hoffen, daß jene Kreise des Bürgertums sich nicht nur auf die Vertretung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen beschränken, sondern auch Verständnis gewinnen für die Notwendigkeit des politischen Kampfes gegen die Feinde der Freiheit und der Sozialpolitik.

Der frühere Abgeordnete Adolf Hoffmann teilte mit, daß der sozialdemokratische Kandidat dieses Kreises, Heymann, leider verhindert sei, an der Versammlung teilzunehmen. Die Sozialdemokratie könne ein gut Stück Weges mit der Demokratischen Vereinigung zusammengehen bis dahin, wo sich die Weltanschauungen und die Endziele scheiden. Tief zu beklagen sei das Hinscheiden von Theodor Barth. Er habe sich einen guten Abgang als ehrlicher überzeugungstreuer Politiker verschafft dadurch, daß er sich von der freisinnigen Gesellschaft trennte in dem Augenblick als er sah, daß der Weg zur Reaktion gehen sollte. Zu bedauern sei nur, daß sein Freund Träger nicht mit Barth mitgegangen sei, denn der passe in die blockfreisinnige Gesellschaft auch nicht hinein. Der Sozialdemokratie könne der jetzige Wahlkampf nur lieb sein, denn er werde zur politischen Aufklärung des Bürgertums führen. Die Sozialdemokratie werde in diesem Kampf nur gesetzliche Mittel anwenden, aber sie werde den Gegnern die Mittel abgucken. Wenn auch der Sieg nicht errungen werden sollte, der Kampf sei schon von großem Wert.

Von den zahlreich anwesenden Mitgliedern des freisinnigen Vereins „Waldeck" hatte sich trotz wiederholter Aufforderung

niemand zum Wort gemeldet

und der Referent konstatierte in seinem Schlußwort, daß es diesen treuen Anhängern der freisinnigen Volkspartei augenscheinlich auch nicht möglich sei, das Vorgehen der Fischbeck und Genossen zu verteidigen. — Einstimmig, also auch mit den Stimmen dieser Freisinnigen wurden zum Schluß folgende Resolutionen angenommen:

„Die von der Demokratischen Vereinigung nach den Andreasfestfällen einberufene, von mehr als 1000 Personen besuchte Versammlung, erblickt in der Ungültigkeitserklärung der vier Berliner Mandate einen schreienden Verstoß gegen das Rechtsgefühl und den politischen Anstand. Sie ersucht alle anständigen Leute, soweit ihnen ihre Stellung ein öffentliches Eintreten für die Sozialdemokratie möglich macht, bei der Neuwahl, durch die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten für die Wiederherstellung des verletzten Rechtszustandes zu sorgen, andernfalls sich der Stimme zu enthalten."

„Die von der Demokratischen Vereinigung nach den Andreasfestfällen einberufene, von mehr als 1000 Personen besuchte Versammlung, ersucht den Herrn Minister des Inneren die umgehende Vornahme der vier Berliner Ersatzwahlen zu veranlassen, damit nicht hundertausende preußischer Wähler viele Monate hindurch unvertreten bleiben."

Kunst u. Wissenschaft

Von einer französischen Ausstellung

in den Räumen des deutschen Reichstagshauses war dieser Tage in der Presse die Rede. Auf unsere Erkundigungen hören wir, daß sowohl die Akademie der Künste wie der Verein Berliner Künstler einer solchen Ausstellung gegenüber sich durchaus ablehnend verhalten haben, da für eine deutsche Ausstellung in Paris auch nicht die geringsten Bürgschaften geboten wurden.

Theaterchronik. Das Ensemblegastspiel des Wiener Raimund-Theaters beginnt morgen im Hebbel-Theater. Als erste Vorstellung bringt das Ensemble das Volkstück „Marischa" von Mostyl, übersetzt von Karl v. Levetzow. In den Hauptrollen sind Jenny Reingruber, Rudolf Auder und Eugen Jensen beschäftigt.

Der Anschlag auf den Lehrling.

Die Affäre Kuhlbrodt-Kayser vor Gericht.

Phantastische Raubpläne dreier jungen Leute, deren einer auch im Verdacht steht, bei dem Mordanfall auf den Geldbriefträger Eulenburg als spiritus rector mitgewirkt zu haben, beschäftigten heute die zehnte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ilnger. Auf der Anklagebank saßen: der bisher unbestrafte, noch nicht 20jährige Kaufmann Emil Kuhlbrodt, der gleichfalls unbestrafte 23jährige Kaufmann Wilhelm Kayser und der noch nicht 19jährige Kaufmann Wilhelm Palme aus Charlottenburg.

Kuhlbrodt steht unter der Anklage: den Kellner Birk zur Begehung eines Verbrechens aufgefordert und ihn mit dem Verbrechen des Mordes bedroht zu haben. Der Angekl. Kayser hat sich gegen den Vorwurf zu verantworten, den Angekl. Palme zur Teilnahme an dem Verorechen des Raubes aufgefordert zu haben und zwar indem die Aufforderung an die Gewährung von Vorteilen geknüpft war. Palme endlich ist beschuldigt, diese Aufforderung angenommen zu haben. — Die Anklage vertritt Staatsanwalt Schidedanz, die Verteidigung führt Justizrat v. Unruh und ein Referendar.

Der Anklage liegt folgendes zugrunde. Der Angeklagte Kuhlbrodt, der in Eberswalde als der Sohn eines Geschäftsreisenden geboren ist und später eine Oberrealschule in Berlin besucht hatte, befand sich März und April d. J. ohne Stellung. Er verkehrte in dieser Zeit häufig in dem Café „Kaiserkrone" an der Ecke der Friedrich- und Karlstraße. Hier lernte er den Mitangeklagten Kayser kennen. Obwohl Kuhlbrodt weder eine Stellung hatte, noch von seiner Mutter ein großes Taschengeld bezog, trat er stets sehr elegant auf, verkehrte viel in Restaurants und Cafés, spielte und hatte ein Verhältnis mit einer „Artistin", die als Ringkämpferin in einem Varieté auftrat. Eines Abends saßen Kuhlbrodt und Kayser in dem Café Kaiserkrone. Das Gespräch lenkte sich auf den Ueberfall des Geldbriefträgers Eulenburg in der Besselstraße. Hierbei äußerte Kayser, daß in der Frankfurterstraße, wo er früher in Stellung gewesen sei, einmal etwas ähnliches passieren könne. Kuhlbrodt erzählte nun folgendes: Aus der Zeit, in der er in dem Kolonialwarengeschäft von J. Staege in der Großen Frankfurterstraße als Lehrling beschäftigt gewesen war, wisse er, daß an jedem Abend nach Geschäftsschluß ein Lehrling die Geschäftskasse in die dem Geschäft vis-à-vis gelegene Wohnung des Geschäftsführers in der Großen Frankfurterstraße 33 tragen müsse, wo sie des Morgens dann wieder abgeholt werde. Am Schluß der Woche habe sich immer der größte Betrag in der Kasse — etwa 1500 bis 2000 Mark — befunden. Kayser habe, wie Kuhlbrodt vor Gericht angab, auf diese Erzählung hin gesagt:

Das wäre etwas für mich;

ich habe so wie so noch 500 Mark Schulden. Er, Kuhlbrodt, habe in den Plan, den Lehrling zu überfallen und zu berauben eingewilligt, da er ohne Stellung war und seiner Mutter nicht zur Last fallen wollte. Bei der näheren Besprechung über die Ausführung des Planes habe Kayser es übernommen, den Lehrling auf der Treppe niederzuschlagen. Kayser habe hierbei gesagt: „Der Stift kriegt dann eins vor den Kopf und dann ist er weg."

Beide gingen dann am nächsten Tage in das Haus in der Großen Frankfurterstraße, um sich die Oertlichkeit genau anzusehen und die beste Gelegenheit zur Ausführung des Ueberfalles auszukundschaften. Kayser bemerkte hierbei, daß „es von dem ersten Treppenabsatz am besten gehe". Am nächsten Tage, am 10. April, sollte der Ueberfall auf den Lehrling verübt werden. Kuhlbrodt kaufte am Vormittag verschiedene falsche Schnurrbärte und ferner am Grünen Weg einen Schlagring. Mit diesen Sachen suchte Kuhlbrodt seinen Komplizen Kayser auf. Gegen 7 Uhr verließen sie die Wohnung und stellten sich am Straußberger Platz vis-à-vis der Wohnung des Geschäftsführers auf. Gegen 8 Uhr kam der bei der Firma Staege als Lehrling angestellte jetzige Mitangeklagte Palme mit der Kassette aus dem Geschäft heraus. Kayser schlüpfte schnell in das Haus hinein und trat hier auf der Treppe an Palme heran. Durch einen glücklichen Zufall entging der Lehrling jedoch dem ihm zugedachten Schicksal. Zufällig kam das Dienstmädchen des Geschäftsführers Borchardt die Treppe hinauf, wodurch die Tat vereitelt wurde. Kayser fragte in der Verlegenheit den Palme, ob er nicht wisse, wo „Braun" im Hause wohne. Nach diesem mißglückten Versuch gingen die beiden Angeklagten nach Hause. Kuhlbrodt machte hier den Vorschlag, den Lehrling Palme in den Plan einzuweihen. Am nächsten Tage sprach Kuhlbrodt den Palme auf der Straße an und drang in ihn sich bei einem fingierten Ueberfall zu beteiligen. Palme konnte erst diesen Vorschlag ab, ging aber schließlich auf den Plan ein. Nun aber stiegen dem Kuhlbrodt Bedenken auf. Kuhlbrodt und Kayser nahmen von einem Zusammenwirken mit Palme Abstand. Kuhlbrodt verpflichtete sich, selbst im Hintergrunde zu bleiben, einen anderen zu besorgen, der die Tat ausführen sollte.

Der Angeklagte Kuhlbrodt erzählt weiter, daß er sich nur an

den Kellner Brik

aus dem Café „Kaiserkrone" gewendet und ihn gefragt habe, ob er auch jemand wüßte, der sich 500 Mark verdienen möchte. Birk habe darauf erklärt, daß er sich das Geld gern selbst verdienen würde. Kuhlbrodt hat dann mit Kayser Rücksprache genommen und dieser war damit einverstanden, jedoch unter der Bedingung, daß Birk einen Schein unterschreibe, in dem er sich zu strengstem Stillschweigen verpflichtete. Bei der dann folgenden nochmaligen Unterredung mit Birk stellte er sich diesem als „Herr v. Büren, Inspektor eines geheimen Verbrecher- und Verschwörerbundes" vor und setzte ihm den ganzen Plan der Beraubung des Lehrlings Palme auseinander. Birk verlangte eine Sicherheit für die ihm zugesagte Belohnung und Kuhlbrodt gab ihm einen Wechsel über 500 Mark. Die Ausführung des Ueberfalls sollte erst an einem anderen Tage stattfinden, wurde dann aber verschoben und sollte am 19. April vor sich gehen. Birk hatte aber der Kriminalpolizei Anzeige erstattet und diese traf ihre Maßnahmen zur Festnahme des Verbrechers. Kuhlbrodt hatte mit Kayser verabredet, daß er ihn von seiner Wohnung im Automobil zum Attentat abholen wolle. Es verdargen sich Kriminalbeamte in der Birkschen Wohnung und nahmen Kuhlbrodt fest, als dieser erschien.

Der Angeklagte Kayser gibt die Angaben des Kuhlbrodt als richtig zu. Kayser sucht die Sache auf die Initiative Kuhlbrodts zurückzuführen und behauptet, daß dieser den Plan ausgeheckt habe. Kayser will glauben machen, daß er an der Sache nicht mehr teilnehmen wollte und nur „pro forma" mitgegangen sei, um vor Kuhlbrodt nicht schwach zu erscheinen.

Der Angeklagte Palme bestätigt, daß er eines Abends Kuhlbrodt, mit dem er ein Jahr in demselben Geschäft tätig gewesen sei und der ihm noch 55 Mark schuldete, in der Frankfurter Straße getroffen und dieser ihm den Plan vorgetragen habe, daß er sich berauben lassen solle. Er will den Plan zunächst zurückgewiesen und sich von Kuhlbrodt getrennt haben. In der Nähe des Polizeipräsidiums habe ihn Kuhlbrodt wieder eingeholt, Kayser sei hinzugekommen und beide hätten auf ihn eingeredet,

mit von der Partie zu sein,

und ihm ein Drittel der Beute als Anteil versprochen. Er habe sich dann dazu bereit erklärt. Nach einiger Zeit habe Kuhlbrodt bei ihm angeklingelt und ihm gesagt, daß die Sache vor sich gehen solle. Er sei dann wieder mit Kuhlbrodt und Kayser zusammengetroffen und der Plan sei noch einmal besprochen worden. Kuhlbrodt habe ihm zugeredet, an dem Montag, an dem der Raub stattfinden sollte, seinerseits sich im Geschäft krank zu melden und die Kassette durch einen anderen abholen zu lassen. Er habe sich aber nicht krank gemeldet, der Zufall wollte es aber, daß an dem fraglichen Montage der Geschäftsführer die Kassette schon früher gebrauchte als gewöhnlich und deshalb einen anderen mit der Abholung betraute. Palme versichert wiederholt, daß er dem Kuhlbrodt eine solche Tat nicht zugetraut und an die Ernstlichkeit des Planes nicht geglaubt habe.

Der Angeklagte Kuhlbrodt gibt zu, daß er sich manchmal Fritz v. Schönermark und Max v. Büren genannt habe. Er sei auch richtig, daß er dem Palme zugesagt habe, ihm eventuell aus seinen zu erwartenden Anteil an der Beute 100 Mark Vorschuß zu geben.

Der als Zeuge vernommene Geschäftsführer Hermann Borchardt bekundet, daß in der Kassette 2000 bis 3000 Mark zu sein pflegten. Das Haus, in dem seine Wohnung liegt, sei nicht ungeeignet zur Ausführung eines solchen Planes, denn es verkehren wenig Personen auf der Treppe.

Kriminalschutzmann Martin sagte auf Befragen aus, daß der Kellner Birk freiwillig zur Polizei gekommen sei und Anzeige von dem verbrecherischen Plan erstattet habe. Nach der Mitteilung Birks seien diesem 500 Mark Belohnung und 100 Mark Vorschuß versprochen worden.

Der Staatsanwalt hielt den Tatbestand der Bedrohung des Birk mit einem Verbrechen nicht für erwiesen und beantragte im übrigen gegen Kuhlbrodt und Kayser je 1 Jahr Gefängnis, gegen Palme 3 Monate Gefängnis.

Urteil.

Der Gerichtshof kam zur Freisprechung des Angeklagten Palme, da dessen Behauptung, daß er seine Zustimmung zu dem verbrecherischen Plan nur gegeben, um die beiden Verführer los zu werden, nicht widerlegt sei. Im übrigen verwies der Gerichtshof bezüglich der Angeklagten Kuhlbrodt und Kayser die Sache an das Schwurgericht, da versuchter Raub vorliege und für dieses Verbrechen die Strafkammer nicht zuständig sei.

36. Deutscher Gastwirtstag.

(Telegraphischer Bericht.)

Kiel, 15. Juni.

Im großen Saale der „Hoffnung" trat heute der 36. Deutsche Gastwirtstag unter großer Beteiligung zusammen. Der heutige Tag ist der Sitzung der Delegierten gewidmet. Dem Verband gehören 681 Vereine mit 50,000 Mitgliedern an, die durch etwa 600 Delegierte heute vertreten sind. Im letzten Jahre sind dem Verband 42 neue Vereine mit etwa 1000 Mitgliedern beigetreten. Der Verbandsvorsitzende, Gastwirt Ringel (Pankow) eröffnete die Verhandlungen mit der Begrüßung der Ehrengäste. Er wies darauf hin, daß im vorigen Jahre beschlossen worden sei, mit den Brauereien nicht zusammenzugehen. Der Reichsverband Deutscher Gastwirte sah es aber dennoch im Interesse der Abwehr der dem Gewerbe durch die Steuergesetze drohenden Gefahren für nötig, von diesem Beschluß abzuweichen und mit den Brauern zusammenzugehen. Es wird morgen bei der Besprechung der Reichsfinanzreform kommen. Auch der Geschäftsbericht beschäftigt sich vorwiegend mit der Reichsfinanzreform.

Eine geradezu niederschmetternde Wirkung

habe das Steuerprojekt des Reichsschatzsekretärs gehabt. Habe es doch für die Gastwirte nicht weniger als fünferlei neue Steuern, nämlich Bier-, Branntwein-, Tabak-, Licht- und Reklamesteuer, so daß es scheine, als sollte das Gastwirtsgewerbe allein das 500 Millionensteuerdefizit decken, das der Reichssteuersäckel infolge schlechter Finanzwirtschaft gegenwärtig aufweise. In Steuerfragen habe das Gastwirtsgewerbe ja von jeher sich größte Berücksichtigung seitens der Regierung zu erfreuen gehabt. Diese letzte Ueberraschung habe jedoch

alles bisher Dagewesene übertroffen,

und diesmal war die Eigentümlichkeit hervorgetreten, daß in licht scheuer Weise sämtliche Steuerpläne bis auf den letzten Augenblick der Oeffentlichkeit vorenthalten wurden, so daß die fieberhafte Spannung, die sich aller in Betracht kommender Kreise bemächtigte, wohl zu verstehen war. So kam es, daß die direkte Agitation gegen die geplante Belastung erst zu einer Zeit einsetzen konnte, als die Steuervorlagen den maßgebenden Körperschaften zur Behandlung zugingen. Der Geschäftsbericht verweist dann darauf, daß nach den Beschlüssen der Kommission das Brausteuergesetz nun wohl Wirklichkeit werden würde. Mit dem Näherrücken dieser Gefahr sei es ein Gebot der Notwendigkeit,

der Abwälzungsfrage

näher zu treten. Ueberraschungen wie 1906 müsse vorgebeugt werden. Zunächst sei ihnen hierbei ein innerer Feind im Schutzverband erwachsen. Das weit überwiegende Element der Brauer glaubte als Vorbedingung für eine solche Abwälzung die Festlegung der Bierproduktion fordern zu müssen. Man war sich auch im anderen Lager völlig darüber klar, daß diese Kontingentierung nichts anderes sei, als was die großen Brauereiverbände bereits lange anstrebten, nämlich der sogenannte Kundenschutz. Bis also 1906 der Gastwirtsgewerbe zu drückende Fesseln auferlegte, sollte jetzt halbbar auf gesetzlichem Wege festgelegt werden.

Gastwirte und Finanzreform.

Ueber die Wirkung einer solchen Maßnahme für das Gastwirtsgewerbe kann kurz erklärt werden, daß durch die Produktionsfestlegung jede Gewerbefreiheit ausgeschaltet und die Gastwirte zum

willenlosen Werkzeug der Brauer

gemacht worden wären. Es wird dann weiter im Geschäftsbericht erklärt, einfetzig könne der Kredßschaden nicht beseitigt werden, es müssen hier Brauer und Wirte Hand in Hand dagegen arbeiten. Es wird dann vorgeschlagen, nach dem Beispiel des Tarifvertrages im deutschen Buchdruckgewerbe eine Tarifgemeinschaft zwischen Brauern und Wirten zum Zweck der Bierpreiserhöhung herzustellen. Als Zweck dieser Tarifgemeinschaft müßten folgende Punkte im besonderen hervorgehoben werden:

1. Regelung des Fahßierhandels, des Verkaufs an Private und Wiederverkäufer, an Kantinen und Werkstätten.
2. Regelung des Ausschankpreises des Fahßierez, unter anderem Festsetzung eines Mindestausschankpreises usw.
3. Regelung des Flaschenbierhandels.
4. Regelung der Vertragsverhältnisse.
5. Verbot der Hergabe von Leihmöbeln an Nichtgastwirte.

Die Verkleinerung der Trinkgläser

werde als ein weiteres Mittel zur Abwälzung betrachtet. Es sei den Brauern allerdings der damit verbundene Konsumrückgang nicht sehr erwünscht, in Norddeutschland sei der Biertrinker aber viel eher für eine Verkleinerung der Gläser zu haben als für eine Preiserhöhung mit Pfennigrechnerei. Es deshalb vom Verband an den Reichstag eine Eingabe über Zulassung einer Eichung nach hundertsten Teilen eines Liter

für Trinkgläser gerichtet worden. Bei Verwirklichung des Steuerprojektes sei zu erwarten, daß der Reichstag sich diesem Wunsche nicht verschließen werde.

Die Delegiertenversammlung beschäftigte sich dann in der heutigen Vormittagssitzung vorwiegend mit inneren Verbandsangelegenheiten. Die Besprechung der Steuerfragen wird morgen auf dem allgemeinen Deutschen Gastwirtstage erfolgen.

Fürst Eulenburgs Bewachung.

In Liebenberg, wohin, wie bekannt, am Sonntag der Fürst Philipp Eulenburg zurückgekehrt ist, weilt seit gestern vormittag der Berliner Kriminalkommissar Klinghammer mit einer Reihe von Kriminalbeamten. Der Kommissar hatte gestern vormittag eine fünfviertelstündige Unterredung mit dem Fürsten, in der auch, wie verlautet, besprochen wurde, wo sich die Beamten im Schlosse aufhalten sollten. Fürst Eulenburg lehnte den Aufenthalt der Kriminalpolizei im Liebenberger Schlosse ab. Kriminalkommissar Klinghammer verteilte daraufhin seine Beamten auf die umliegenden Ortschaften. Er selbst nahm telephonische Rücksprache mit dem Berliner Polizeipräsidium und begab sich dann nach dem zuständigen Landratsamt in Templin. Heute sollten zwölf weitere Kriminalbeamte in Liebenberg eintreffen. Der älteste Sohn des Fürsten und der Rentmeister Geritz waren noch gestern abend in Berlin, um Beschwerde über das Erscheinen der Kriminalpolizei auf dem Schlosse Liebenberg mit der Begründung zu führen, daß die geforderte Kaution gestellt worden sei.

Fürst Eulenburg hat gegen den Beschluß, in dem die siebente Strafkammer des Landgerichts I die Höhe der Kaution auf 500,000 Mark festsetzt, durch seinen Verteidiger Justizrat Wronker Beschwerde beim Kammergericht einlegen lassen. Die Beschwerde wird damit begründet, daß die Gründe für die Erhöhung der Kaution, die Reise nach Gastein und das Gutachten der Wissenschaftlichen Deputation durch die Rückkehr des Fürsten weggefallen sind. Es sei daher, heißt es in der Beschwerde, nicht verständlich, daß die Kaution unter denselben Verhältnissen von 100.000 Mark auf 500,000 Mark erhöht worden sei. Die Entscheidung des Kammergerichts auf diese Beschwerde soll noch heute erfolgen.

Wie uns noch berichtet wird, hat Fürst Eulenburg seit seiner Rückkehr aus Gastein das Bett noch nicht wieder verlassen. Der bisher dem Publikum zugänglich gewesene Park von Liebenberg ist für diesen Sommer gesperrt worden. Der mit der Bewachung des Fürsten Eulenburg beauftragte Kommissar Klinghammer hat je einen Kriminalbeamten in folgenden Ortschaften der Umgebung untergebracht: in Löwenberg, Grüneberg, Falkenthal und Tetschendorf. Er setzte sich ferner mit dem zuständigen Landratsamt und mit der Eisenbahndirektion in Verbindung. Die vier Kriminalbeamten sollen von Zeit zu Zeit abgelöst werden.

Lokales

Die Wahl Mugdans

für ungültig erklärt.

Wie zu erwarten stand, hat der Bezirksausschuß die Wahl des Dr. Mugdan, der im Dezember vorigen Jahres in der zweiten Abteilung des 5. Kommunalwahlbezirks in der Stichwahl gegen den Kandidaten der Sozialfortschrittlichen Professor Richert zum Berliner Stadtverordneten gewählt worden war, für ungültig erklärt.

Wie wir erfahren, erfolgte die Ungültigkeitserklärung der Wahl Mugdans aus zwei Gründen und zwar zunächst aus dem formellen Grunde, daß der Magistrat sich zu Unrecht als Wahlvorstand konstituiert hat. Der zweite materielle Grund ist, daß der Magistrat zu Unrecht die Stichwahl anberaumt hat, weil die beiden Stimmen auf den Gemeindeschullehrer Heidenreich und auf den Namen Richter (statt Richert) als ungültig anzusehen und nicht mitzurechnen sind.

Diese Entscheidung des Bezirksausschusses bestätigt durchaus die Auffassung, der wir sofort nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses Ausdruck gegeben haben: Der Kandidat des Sozialfortschrittlichen Professor Dr. Richert war nach den klaren Bestimmungen der Städteordnung bereits im ersten Wahlgange gewählt, und der Magistrat hatte zu Unrecht eine Stichwahl anberaumt, in der dann Dr. Mugdan gewählt wurde. Wie bekannt, hat die Majorität der Berliner Stadtverordnetenversammlung zu Anfang dieses Jahres die Wahl Dr. Mugdans für gültig erklärt. Nach der Entscheidung des Bezirksausschusses hat jetzt in der zweiten Abteilung des 5. Kommunalwahlbezirks eine Neuwahl zu erfolgen.

Die Patientenschacheraffäre

ist durch die Entscheidung des ärztlichen Ehrengerichts, die, wie wir berichteten, in der vorigen Woche erfolgt ist, noch nicht erledigt. Sanitätsrat Friedemann hatte, wie bekannt, das ehrengerichtliche Verfahren gegen sich, das mit Freisprechung endete, beantragt, weil ihm vorgeworfen wurde, er habe zu Unrecht behauptet, daß einige Professoren sich Patienten durch Geldzahlungen verschafft hätten. In dem ehrengerichtlichen Verfahren wurde nun festgestellt, daß Friedemann nicht grundlos diese Behauptung aufgestellt, daß vielmehr etwa ein Dutzend Professoren, darunter hervorragende Autoritäten erster Größe, entweder Geld an Patientenvermittler gezahlt oder angeboten hätten. Wie die „Tägliche Rundschau" mitteilt, wird die Angelegenheit, soweit Universitätsprofessoren in Betracht kommen, zu amtlichem Vorgehen gegen diese Veranlassung geben, da das Kultusministerium von vornherein entschlossen war, aus etwaigen belastenden Ergebnissen der Verhandlungen unabhängig von der wissenschaftlichen Bedeutung der Schuldigen unnachsichtig alle Folgerungen zu ziehen.

Eine Gedächtnisfeier für Theodor Barth

veranstaltete gestern abend der Berliner Arbeiterverein von 1862 im großen Saale der „Vier Generationen" in der Oranienstraße. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden, Herrn Brück, erhoben sich die Anwesenden zu Ehren des dahingeschiedenen Führers von den Plätzen. Dr. Julius Moses gab dann ein Lebensbild von Theodor Barth, der immer ein Vorkämpfer für die Rechtsgleichheit aller gewesen sei und sich darin immer treu geblieben sei. Die demokratische Bewegung habe durch das Hinscheiden dieses Führers einen schweren Schlag erlitten, aber Theodor Barth habe durch seine Aufklärungsarbeit dafür gesorgt, daß die demokratische Idee in allen Schichten des Volkes Wurzel gefaßt habe und in Deutschland nicht mehr sterben könne. Barths Anhänger müßten es als ein heiliges Vermächtnis ihres dahingegangenen Führers betrachten, in seinem Sinne weiter an der Aufklärung und Aufrüttelung des Volkes für den Kampf um die Demokratie zu wirken. — Es folgten noch Ansprachen der Herren Roß, Wendland, Freund, Krüger und Dr. Holz.

Keine Gehaltserhöhung für die Straßenbahner.

Eine Vertrauensmännerversammlung der Straßenbahnangestellten wurde heute vormittag im Verwaltungsgebäude der Großen Berliner Straßenbahn abgehalten. Die vorgebrachten Wünsche nach Gehaltserhöhung wurden abgelehnt.

Die Gehaltsreform in Berlin

beschäftigte den Stadtverordnetenausschuß gestern in einer Sitzung, die sich bis in den späten Abend hineinzog. Der Ausschuß vollendete die zweite Lesung der Magistratsvorlage. Im wesentlichen wurden die Beschlüsse der ersten Lesung bestätigt; doch bewilligten die Stadtverordneten den technischen Beamtenkategorien und den Aerzten weitere Gehaltserhöhungen. Die Beratung über eine etwaige Erhöhung der Magistratsgehälter soll am Donnerstag nach Schluß der Plenarsitzung stattfinden.

„Graf v. d. Groeben" entlarvt.

Der „Graf Georg Ino Friedrich Wilhem v. d. Groeben", der schon seit längerer Zeit die hiesige Kriminalpolizei beschäftigte, ist jetzt als Hochstapler entlarvt worden. Der Graf tat sehr entrüstet, als er, wie berichtet, vor einigen Tagen zum zweiten Male festgenommen wurde, er nannte sich in seinen Unterschriften nur noch v. d. Groeben und verweigerte endlich jede Auskunft. Die Kriminalpolizei ging unterdessen allen Spuren des angeblichen Grafen nach, versandte sein Bild nach vielen Städten und stellte endlich fest, daß der Hochstapler Eduard Emil Pfüller heißt und am 14. Oktober 1872 zu Meinersdorf bei Chemnitz geboren ist.

Raubanfall auf ein Gastwirtsehepaar.

Ein schweres Verbrechen ist in der vergangenen Nacht auf dem Gesundbrunnen verübt worden. In dem Hause Badstraße 27 wurden der Gastwirt Ernst Noak und dessen Ehefrau von drei Burschen niedergeschlagen und die Tageskasse geraubt. Die Täter konnten verhaftet werden.

Gegen Mitternacht betraten drei junge Leute das Noaksche Lokal in der Badstraße 27. Auf die Frage des Gastwirts, was er ihnen geben dürfe, antworteten die Fremden nicht. Einer vor ihnen begab sich ohne weiteres hinter den Schenktisch, hinter dem Noak stand. Er legte die Hand an den Kassenschlüssel; als ihm dies von dem Gastwirt verboten wurde, gab er ein Zeichen, worauf sich die beiden anderen gleichfalls hinter den Schenktisch begaben und über N. herfielen. Noak suchte sich zur Wehr zu setzen und die drei Angreifer von sich abzuschütteln. Die Ehefrau, die durch den Lärm vom Nebenraum herbeigelockt worden war, eilte ihrem Mann zu Hilfe. Sie wurde zu Boden geschlagen und von den Verbrechern arg zugerichtet. Die Burschen raubten die Kasse aus und versuchten dann zu entfliehen. Inzwischen hatten aber einige Gäste das Lokal betreten; sie machten sich an die Verfolgung der Räuber. Nach einer wilden Jagd konnten die Flüchtlinge festgenommen werden. Es handelt sich um die „Gelegenheitsarbeiter" Brack, Fenner und Schmidt. Alle drei sind bereits vorbestraft. Das geraubte Geld betrug etwa 30 Mark. Einige aus der Nachbarschaft herbeigerufene Aerzte legten der schwerverletzten Ehefrau des Noack Notverbände an. Der Gastwirt selbst hatte bei dem Ueberfall nur unbedeutende Wunden an der Stirn davongetragen.

Reichstag

261. Sitzung vom 15. Juni.

Das Andenken der seit der letzten Plenarsitzung verstorbenen Abgg. Schellhorn, Schmidt-Halle und Goldstein wird in der üblichen Weise geehrt.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Pachnicke und Genossen, Freisinnige und Nationalliberale, betreffend die mecklenburgische Verfassungsfrage.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Pachnicke (fr. Vg.) begründet die Interpellation.

(Schluß des Blattes.)

Kleine Chronik

Shackletons Ankunft in London.

Aus London, 14. Juni wird gemeldet: Leutnant Shackleton, der Nordpolarforscher, traf heute nachmittag 5 Uhr 30 Minuten in London ein. Lange vor seiner Ankunft sammelten sich kolossale Menschenmassen vor der Charing Croß-Station an. Innerhalb des Bahnhofs standen die Mitglieder der Geographischen Gesellschaft und nur gegen Eintrittskarte zugelassenes Publikum. Shackletons Vater war mit den beiden Kinderchen des Südpolfahrers, einem vierjährigen Knaben im Matrosenkleid und einem dreijährigen Töchterchen, erschienen. Bei Eintreffen des Zuges erhob sich ein brausender Jubel innerhalb des Bahnsteiges, der bei den Menschenmassen auf der Straße ein vielfach verstärktes Echo fand.

Die Prinz Heinrich-Fahrt.

Wie aus Wien berichtet wird, traf der letzte der in Wien angekommenen 97 Wagen dort gestern abend um 6 Uhr 12 Minuten ein.

Prinz Heinrich empfing gestern in Wien den deutschen Botschafter v. Tschirschky. Heute vormittag wurde der Prinz vom österreichischen Kaiser in besonderer Audienz empfangen.

Berliner Ringkämpfe. In Kistenmachers Etablissement trafen gestern als erstes Paar der Wiener Solar und der Australier Axa zusammen. Axa siegte nach $13^1/_2$ Minuten. Gambier und Winter brauchten lange Zeit zur Entscheidung. Winter unterlag nach 1 Stunde $34^1/_2$ Minuten durch Halbnelson mit Eindrücken der Brücke. Jakob Koch und Kornatzki rangen 30 Minuten unentschieden. Steurs wurde nach einer Gesamtzeit von 48 Minuten durch einen doppelten bras roulé von dem „Maskierten" geworfen.

Letzte Nachrichten

Stuttgart, den 15. Juni 1909. **Finanzminister v. Geßler** hat sich nach Berlin begeben zur Teilnahme an den Reichstagsverhandlungen.

Petersburg, 15. Juni. Die **Reichsduma** ist durch kaiserlichen Ukas bis zum 23. Oktober d. J. vertagt worden.

Konstantinopel, 15. Juni. „Ittihad" meldet, Griechenland habe an die Großmächte eine Note gerichtet, in der es sich über die **aktiven Maßnahmen der Türkei gegen Griechenland** beschwert. Eine Kopie der Note sei der Pforte überreicht worden.

Das Amtsblatt dementiert erneut die auswärtigen Meldungen über **neue Metzeleien in Alexandrette,** wobei 100 Personen getötet worden seien. Auch der Gouverneur und ein armenisches Mitglied der Untersuchungskommission dementieren telegraphisch diese Meldung. Ferner widerspricht „Ittihad" den Gerüchten von einer **Ministerkrise,** die infolge von Differenzen zwischen dem Großwesir und dem Minister des Aeußeren entstanden seien und erklärt, im Ministerium herrsche volles Einvernehmen über alle wichtigen Fragen der auswärtigen Politik.

Konstantinopel, 14. Juni. Die **Kammer** verhandelte in lebhafter Debatte bei zahlreichen Zwischenfällen über die Schaffung parlamentarischer Unterstaatssekretäre. Die Beratung wurde schließlich wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses abgebrochen.

Witterungsbeobachtungen in Berlin. 15. Juni 1909.

Juni	Luftdruck in 60 m Seehöhe (mm)	Temp. Cels.	Windrichtung und Stärke 0—12	Bewölkg. 0—10	Luftfeuchtigkeit in %
14. 9 Uhr abends	761,2	13,8	NW 1	9	80
15. 7 Uhr vorm.	763,9	11.1	NW 3	1	63
15. 2 Uhr nachm.	763,2	15,5	NNW 3	1	32

14. Juni. Höchste Temperatur 19,5° C. Niedrigste Temperatur 10,9° C. Tagesmittel 14,4° C. Normales Tagesmittel 17,0° C.

Niederschläge: 14. Juni nachmittags 3,1 Millimeter Regen.

Wetter in Deutschland. Nach Annäherung eines hohen barometrischen Maximums, dessen Gebiet sich jetzt vom atlantischen Ozean bis zur Ostsee erstreckt, haben sich die Winde im größten Teile Deutschlands nach Nordost gedreht. Im Laufe des gestrigen Tages waren die Niederschläge hier noch recht zahlreich, aber durchschnittlich geringer als in den vorangegangenen Tagen, doch kamen an einzelnen Orten, namentlich im Gebiet der mittleren Elbe und Oder, ziemlich ergiebige Regenschauer vor. Darauf ist überall trockenes, meist heiteres Wetter und über Nacht im Osten eine starke Abkühlung eingetreten. Im Westen aber haben die Temperaturen neuerdings zu steigen begonnen.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Trocken und vorwiegend heiter, nachts noch kühl, um Mittag ziemlich warm bei frischen östlichen Winden.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im Süden strichweise Gewitter, sonst größtenteils trocken und etwas wärmer.

Stationen	Luftdruck am Meeresspieg. mm	Windrichtung und Stärke	Temperatur (C.°)	Wetter	Stationen	Luftdruck am Meeresspieg. mm	Windrichtung und Stärke	Temperatur (C.°)	Wetter
Borkum	770	O schwach	13	bedeckt	Valentia	771	Windstille	11	heiter
Keitum	771	Windstille	15	heiter	Scilly	770	N schwach	13	h. bed.
Hamburg	771	NNO leicht	14	h. bed.	Aberdeen	773	NNO l. leicht	8	bedeckt
Swinemünde	773	NNO schwach	13	wolkl.	Island	768	Windstille	7	Nebel
Rügenwaldm.	769	NO frisch	11	heiter	Faröer	772	Windstille	8	Dunst
Neufahrwass.	768	N mäßig	12	wolkl.	Christiansd.	769	NO sehr leicht	19	wolkl.
Memel	767	NW schwach	13	wolkl.	Kopenhagen	770	NW leicht	14	wolkl.
Aachen	769	NO sehr leicht	13	heiter	Stockholm	769	NNW leicht	13	wolkl.
Hannover	770	O schwach	14	heiter	Haparanda	765	SSW stürm.	9	wolkl.
Berlin	770	NNO schwach	12	wolkl.	Petersburg	765	NO leicht	5	bedeckt
Dresden	768	N sehr leicht	13	h. bed.	Wilna	763	N schwach	6	bedeckt
Breslau	767	NW leicht	11	h. bed.	Lemberg	751	NW mäßig	14	bedeckt
Bromberg	767	N mäßig	13	wolkl.	Wien	767	W mäßig	11	Regen
Metz	769	NO schwach	10	wolkl.	Triest	766	Windstille	19	wolkl.
Frankfurt	769	Windstille	14	wolkig	Vlissingen	769	NNW s. leicht	12	Regen
Karlsruhe	769	NO leicht	12	wolkl.	Cherbourg	769	Windstille	13	heiter
München	769	O leicht	12	h. bed.	Paris	769	NO sehr leicht	13	wolkl.
Zürich	768	O sehr leicht	9	wolkl.	Nizza	767	Windstille	17	h. bed.
Säntis	567	SSW leicht	−4	wolkl.	Rom	767	NW schwach	14	wolkl.
Genf	767	WNW s. leicht	12	heiter	Brindisi	766	WSW s. leicht	19	wolkl.

Sonnenaufgang 3 Uhr 45 Min. **Mondaufgang** 2 Uhr 43 Min. V.
Sonnenuntergang 8 Uhr 28 Min. **Monduntergang** 6 Uhr 58 Min. N.

Handelsteil

Von der Börse. Die heutige Börse eröffnete in recht lustloser Haltung. Die neuen Steuerprojekte, die offiziellen Berichte des Stahlwerksverbands und des Kohlensyndikats vermochten die Tendenz ebensowenig zu beeinflussen wie die abermalige Preissteigerung, mit der die Stahltrustwerte die gestrige New-Yorker Börse verliessen. Die Kurse setzten überwiegend schwächer ein; und dies nicht nur am Montanaktienmarkte, sondern auch am Bankaktienmarkte, der gestern noch eine bemerkenswerte Festigkeit zeigte. Von amerikanischen Eisenbahnaktien eröffneten die Shares der Baltimore and Ohiobahn um ein halbes Prozent unter ihrem gestrigen Schlusskurse. Dagegen zeigten die Aktien der Grossen Berliner Strassenbahn wieder recht feste Tendenz und steilten sich abermals höher. Elektrizitätswerte bröckelten leicht im Kurse ab. Grösseres Interesse bekundete sich im freien Verkehr für die Anteile der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, die im Laufe der Börse eine starke Kursavance erfuhren; auf der anderen Seite hatte das Interesse für die Aktien der Gesellschaft für Verkehrswesen heute merklich nachgelassen. Die Steigerung der Anteile der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika war von dem Gerücht begleitet, es hätte sich auf den Terrains des Unternehmens ein Petroleumvorkommen gefunden. Beim Uebergang in die zweite Börsenstunde wurde die Gesamttendenz fester. Insbesondere wurden Phönixaktien gesucht und wesentlich höher bezahlt, dagegen verrieten die Aktien der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft eine ausgesprochen schwache Tendenz. In der dritten Börsenstunde kam es in den Aktien der Luxemburgischen Prinz Heinrich-Bahn zu etwas lebhafteren Umsätzen, die deren Kurs hoben. Bei Schluss des offiziellen Verkehrs war das Geschäft recht still.

Kurse gegen 3 Uhr.

Kreditaktien	200.40	Kanada	181,80	Nordd. Lloyd	89.40
Wien. Bankverein	—,—	Pennsylvania	135,25	Hmb. Paketfahrt.	117.30
Länderbank	—,—	Orientbahn	124,70	Hansa	134,50
Franzosen	155,20	Anatolier	111,80	Gr. Berl. Strassb.	181.25
Lombarden	21.80	Mittelmeerbahn	—,—	**Im freien Verkehr**	
Diskonto	186.50	Meridionalbahn	138,25	per Cassa.	
Deutsche Bank	242,3	Gotthardbahn	—,—	Laurahütte	180,50
B. Handelsges.	172,40	3% d. Reichs-Anl.	85,90	Dortmunder	61,75
Dresdner Bank	153,10	Russ. Anleihe 1902	86,37	Bochumer	225,90
Darmstädt. Bank	132,50	Spanier	—,—	Gelsenkirchen	177,37
Nationalbank	121.50	3% Portugiesen	—,—	Harpener	189.—
Schaaffh. Bankv.	133,10	4½% Chinesen	—,—	Consolidation	—,—
Komm.- u. Disk.-B.	111,62	Japaner	95,75	Deutsch-Lux. Vrz.	198,75
Russische Bank	143,75	Unit. Türken	—,—	Rhein. Stahlwerke	164,87
Lübecker	—,—	Türkenlose	143,75	Hohenlohe-Werk	190,75
Prince Henri	131,40	3% Buenos	66,—	Phönix	171,25
Warschau-Wien	—,—	5% Argentinier	—,—	Edison	233,40
Baltimore	116.40	Dynamit-Trust	162,25	Rombach	—,—

— Petersburg. int. Bk. 146,75. Deutsch-Uebers. 163,90 Siemens u. Halske 220.40. Siemens Schuckert —,—.

Berliner Produktenbörse. Auf die schwächeren amerikanischen Depeschen hin zeigte sich hier zu Beginn des Marktes für Weizen mattere Tendenz. Es lagen indessen aus Argentinien sehr feste Berichte vor. Die Provinzen Santa Fé und Croroba befürchten einen Rückgang des Weizenanbaues um 10 pCt. und in Buenos Aires soll der Regen vielfach für den Anbau nicht genügend gewesen sein. Von Süddeutschland melden einzelne Häfen geräumte Bestände, auch liegt ausserordentlich wenig und sehr teures Angebot vor. Da all dieses die Verkäufer vorsichtig machte, genügten mässige Kauf- und Deckungsaufträge des Inlandes und für russische Rechnung, die Preise noch über gestrigen Stand zu führen. Nach Befriedigung des Bedarfes ging ein Teil des Preisfortschrittes wieder verloren. Roggen hatte sehr stilles Geschäft zu anfänglich etwas billigeren, später wenig gegen gestern veränderten Preisen. Hafer loco wieder teurer bezahlt. Lieferung behauptet. Mais ruhig, Gerste nicht viel anders als gestern. Mehl still. Rüböl hatte sehr stillen Markt.

Am Frühmarkt wurden notiert: Roggen inländischer 195,50 bis 196,00 ab Bahn und frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pommerscher, preussischer, posenscher und schlesischer fein 213—218, mittel 207—212, russischer feiner 200—212, russischer und Donau mittel 192 bis 199, gering 186—191 ab Bahn und frei Wagen. Mais amerik. mixed alter 187—190, abfallender neuer 177—182, runder 174—180 frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 160—175, gute 176—186, russische und Donau leichte 141—145, schwere 148—152 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterware mittel 196—200, Taubenerbsen 201—215 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 33,50—36,25. Roggenmehl 0 und 1 24,40—26,30. Weizenkleie 11,80—12,60. Roggenkleie 12.50—13.10 Mark.

An der Mittagsbörse wurden notiert: Weizen loco ohne Angebot, Juli 257—258,50—258, September 227—228,50—228—228 25, Oktober 225—226,25—226. Roggen inländ. 195,50—196 ab Bahn, Juli 196—196,50, September 189—189,75—189,50, Oktober 188,75—189,25—189, Hafer Juli 190,25—190. Weizenmehl 00 33,50—36,25. Roggenmehl 0 und 1 24,30—26,30. Rüböl Oktober 55,9—56, Dezember 56,3 Mark Brief.

Preise um $2^1/_2$ Uhr. (Nichtamtlich.) Weizen Juli 258 25, September 228,00, Oktober 226,00. Roggen Juli 196,50, September 189,50, Oktober 189,00 Hafer Juli 190,25, Septbr. 175,75, Oktober 175,75. Mais Juli 159,00, September 157,00, Oktober 156,75. Mehl Juli 24,80, Septbr. 24,40, Oktober 24,40. Rüböl Oktober 55,9, Dezember 56,2 M. Kartoffelstärke u. Kartoffelmehl 25,00—25,50 Mark, Feuchte Stärke —,— Mark.

Bremen, 15. Juni. Baumwolle stetig, 56,00.

Metalle. London, 14. Juni. Standardkupfer flau. $59^7/_{16}$ Lstrl., per 3 Monat $60^5/_{15}$ Lstrl. — Kupfer. Best selected $62^1/_4$ Lstrl., do. Electrolytic $62^3/_4$ Lstrl. — Zinn träge, Straits $134^3/_8$ Lstrl., per 3 Monat $135^5/_8$ Lstrl. — Blei ruhig, spanisch. $13^1/_{16}$ Lstrl., do. englisch $13^1/_2$ Lstrl. — Zink ruhig, gewöhnl. Marke 22 Lstrl., do. spezielle Marke $22^3/_4$ Lstrl.

Verantwortlich für den politischen Teil und das Feuilleton: Georg Siegerist in Steglitz; für Lokales, Gerichtszeitung, Kleine Chronik und den übrigen redaktionellen Teil des Blattes: Heinrich Heppenheimer in Berlin.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	*4* 1.Apr.	*7* 1.Juli	*O* 1.Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.	*q1* quartaliter 1.1.4.7.10
2 1.Fbr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 11.6.12.	*q2* do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.	*q3* do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 15. Juni 1909

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3.20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4.20. — 1 Lstrl.: 20.40 M.

Berlin. Bankdiskont 3½%, Lombardzinsfuß 4½%, Privatdiskont 3%.

Nachdruck verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt. Rchs.Sch.	d	4	101.25G
do. 1.4.12	d	4	101.30G
do. 1.7.12	a	4	101.25G
Pr.Schatz12	a	4	101.30bG
Dt.Rchs.-Anl	v	3½	95.30bG
do. do.	d	4	102.80bG
do. do.	v	3	85.90G
Dt. Schutzg.	a	4	102.00bG
Prss. cs.Anl.	v	3½	95.30bG
do. do.	v	3	85.90bG
do. do.	d	4	102.80bG
do. Staff.A.	a	4	102.75bG
BadStb.A.01	a	4	—.—
do. do. 02	d	3½	94.25G
Bayer. Anl.	e	4	102.10bG
do. do.	v	3½	94.60bB
do. Eisb. D.	b	3	—.—
do. Ldsk.R.	f	3½	—.—
Brnsch.LSch	d	3	85.60G
Brem.Anl.99	b	3½	93.50bG
do.05 u.15	d	3½	93.50bG
do. 96	d	3	82.75G
do. 08	c	4	—.—
Cassel. Ldcr	c	3½	95.00G
do. XXI.u.17	c	3½	95.70G
do.XXII.u.14	c	4	101.70G
Hambg.St.R.	b	3½	—.—
do. 1907	d	4	101.60G
do. am.1900	a	4	101.90B
do.do.93 99	v	3½	—.—
do.86.87.02	v	3	84.60bG
Hessen 09	d	4	—.—
do. 93/00	d	3½	93.90G
do.96 03 05	v	3	83.00G
Lüb. St.A.06	e	4	101.30bG
do. do. 99	a	3½	—.—
do. do. 95	d	3	—.—
Mckl.EbSchv	a	3½	—.—
do. cs. A. 86	a	3½	—.—
do.do.90/94	d	3½	93.30G
Old.StA.v.03	a	3½	—.—
do. do. v. 96	7	3	—.—
Sachs.G. StA	d	4	—.—
Sachs.WLdc	e	4	101.60G
Sächs.Stsrt.	v	3	85.90G
Brandb.Prov	d	4	102.25B
do. do.	d	3½	93.75B
Hann. Pr. IX.	e	3½	—.—
do. VII. VIII	d	3	—.—
Ostpr.Pr.Dbl	a	4	101.00G
do. do.	a	3½	92.50b
Pomm.PrAnl	d	3½	—.—
do. VI. VII	d	4	—.—
Posen.PrAnl	a	3½	—.—
do. do.	a	3	—.—
Rhpr. XX.XXI	a	4	101.75bG
do.XXII.XXIII	d	3½	99.20B
do. XXX.	a	3,6	95.75G
XXIV-XXVII	v	3½	94.60G
do.XXVIII.16	a	3½	93.80G
do. XIX. u.09	a	3½	—.—
do. XVIII	a	3½	89.00b
do.IX.XI.XIV.	a	3	87.25G
Westf. Prov.	d	4	101.25G
do.u.15.16	d	4	101.70b
do. uk. 09	d	3½	98.75G
do. II. III.IV	d	3½	93.75G
do. uk. 15	d	3½	93.80G
do. II.	d	3	88.00G
Westpr. Prov	d	4	100.80G
do. do.	d	3½	—.—

Stadt-, Kreis-etc. Anleihen

AnklamKr01	d	4	—.—
Klv.DWld.Tit	d	4	100.40b
Aachen. 93	d	3½	96.00G
do. III. 1912	d	4	100.90G
Altenbg.I. II.	v	4	—.—
Altona . .	v	3½	94.10G
do. 01 u. 11	d	4	100.75G
do.Hausw19	d	4	101.00G
Apolda . 95	a	3½	—.—
Augsburg . .	v	3½	94.50B
do.	d	4	100.75G
Barmen 99	a	4	100.50B
do. 01	c	3½	93.20b
do. 07	b	4	100.75b
Berlin 04 II.	a	4	102.00bB
do. 76/78	a	3½	98.70bG
do. 82/98	v	3½	96.25bG
do. 1904 I.	d	3½	96.25b

Spandau 91	d	4	101.50G
do. 95	d	3½	—.—
Stargard i.P	d	3½	94.75B
Stendal 01	a	4	101.00B
do. 03	d	3½	93.20B
Stettin . . .	a	3½	93.20B
do. 1904	d	3½	93.20B
Teltow.Kreis	d	4	101.50G
do. do.	d	3½	93.20G
Thorn01u11	d	4	100.90G
Weimar . .	a	3½	—.—
Wiesb 79/83	v	3½	94.00G
Worms . 01	a	4	100.70G
Zerbst 05 II.	a	3½	—.—

Deutsche Pfandbriefe

Berlin. Pfdb.	a	5	—.—
do. do.	a	4½	108.90G
do. do.	a	4	103.00G
do. do.	a	3½	96.00b
do. neue	a	4	101.60bB
do. do.	a	3½	93.75b
do. do.	a	3	86.80G
Landsch. Ctr	a	4	—.—
do. do.	a	3½	94.10bG
do. do.	a	3	84.00bG
Kur-u.Neum.	a	3½	96.10G
do. alte	a	3½	97.00G
do. Comm.O.	d	3½	94.90bG
do. do.	d	4	101.70bG
Ostpreuss.	a	4	101.50B
do.	a	3½	93.20b
do.	a	3	83.80B
Pommersch.	a	3½	94.10bG
do.	a	3	84.75G
do. neuld.	a	3½	94.10G
do. do.	a	3	—.—
Posensche .	a	4	101.50G
do. XI-XVII	a	3½	94.80B
do. Lit. D.	a	4	100.60b
do. Lit. B.	a	3	84.90G
do. Lit. C.	a	3½	93.80bG
Sächsische .	a	4	100.80b
do.	a	3½	94.40bG
do.	a	3	86.30B
do. neue	a	4	100.80b
Schles. altld	a	3½	96.50G
do.ldsch.L.A	a	4	101.00G
do. do. do.	a	3½	96.00B
do. do. do.	a	3	86.25G
do. do. L.C.	a	4	101.00G
do. do. do.	a	3½	96.00B
do. do. do.	a	3	86.25G
do. do. L.D.	a	4	101.00G
do. do. do.	a	3½	96.00B
do. do. do.	a	3	86.25G
Schl.Hlst.LC	a	4	100.60bG
do. do.	a	3½	92.90G
Westf. Land	a	4	—.—
do. do.	a	3½	92.90G
do. III. Folge	a	4	101.00B
Westpr. rit.I.	a	3½	94.40bG
do. IB.	a	3½	95.10bG
do. II.	a	3½	93.50G
do. I.	a	3	—.—
do. II.	a	3	84.00B
do. neuld.	a	3½	91.50bG
do. do.	a	3	84.00B
HssL.XII.XIII	a	4	101.40G
do. XIV. XV.	a	4	102.00G
do. I-IX.	a	3½	94.50G
do.C.Ob.V.VI	a	4	101.40G
do. do. I-IV	a	3½	94.50G
Oldb. st.Crd.	a	4	101.80G
do. do.	v	3½	95.10G
Sachs.Alt.LO	v	3½	95.75G
do.GothaLdc	d	3½	95.50G
do.LwPfXXIII	a	4	101.80G
do. do. XXV.	v	3½	95.25G
do.Crdb.XXII	a	4	101.80G
do. do. XXV	v	3½	95.25G

Renten-Briefe

Hannovrsch.	d	4	100.90G
do.	v	3½	93.50G
Hessen Nass	d	4	—.—
do.	v	3½	—.—
Kur-u.Neum.	d	4	100.90G
do.	v	3½	93.50G
Pommersch.	d	4	100.90b
do.	v	3½	93.50bG
Posensche .	d	4	100.90b
do.	v	3½	93.50G
Preussische	d	4	100.90G

[illegible]